

Winterthur, 14. Juni 2013

**Medienmitteilung**

der Eidgenössisch-Demokratischen Union EDU Kanton Zürich  
zur *Stellungnahme des Zürcher Regierungsrates zur Motion 55/2013*  
**«Babyfenster auch im Kanton Zürich wichtig und notwendig»**

**Regierungsrat sträubt sich gegen Zürcher Babyfenster**

Der Zürcher Regierungsrat hat mit seiner Stellungnahme zur Babyfenster-Motion 55/2013 nicht ansatzweise bewiesen, dass er gewillt ist, Verantwortung zu übernehmen. Bereits ein gerettetes Baby würde die Frage nach Nutzen und Aufwand in den Hintergrund treten lassen. Und – ein Babyfenster stünde dem bevölkerungsreichsten Kanton gut an.

Der Staat hat bisher nichts gemacht und will offenbar auch in Zukunft nichts machen. Ob das vom Regierungsrat ins Feld geführte Spital Zollikerberg je etwas machen wird, ist unsicher. Mit der Motion würde der Staat nur verpflichtet, dafür zu sorgen, dass im Kanton Zürich ein Babyfenster eingerichtet wird. Der Staat müsste es nicht selber betreiben. Jedes Spital (für medizinische Nothilfe, Gynäkologie, Geburtshilfe und Pädiatrie eingerichtet) käme dafür in Frage. Einen grossen Teil der Kosten könnten karitative Organisationen übernehmen.

Die Situation war letztes Jahr im Kanton Bern ähnlich. Es wurde eine Babyfenster-Motion eingereicht, die Regierung sträubte sich ebenfalls und schlug die Entgegennahme als – unverbindliches – Postulat vor. Der Motionär blieb aber standhaft, und der Grosse Rat hat sich am 20. November 2012 mit 108 zu 22 Stimmen klar für die Motion entschieden.

Die EDU fordert die Politikerinnen und Politiker im Kantonsrat auf, ebenfalls Herz für solche Extremsituationen zu zeigen und sich nicht hinter Scheinargumenten und Paragraphen zu verbarrikadieren. Dafür ist das Thema zu wichtig. Es geht um in grösste Not geratene Mütter und um das Leben ihrer Babys. Bereits ein gerettetes Baby würde die Frage nach Nutzen und Aufwand in den Hintergrund treten lassen. Und – ein Babyfenster stünde dem bevölkerungsreichsten Kanton gut an.

Für Rückfragen:

Erich Vontobel, Kantonsrat, Tel. 079 459 90 61

Links zu den Dokumenten:

[Wortlaut der Motion vom 18.2.2013](#)

[Stellungnahme des Regierungsrates vom 5.6.2013](#)